

Niederschrift
über die konstituierende Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 21.10.2014

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Bauer

Frau Brandtner

Frau Gorsler

Herr Pieplau

Frau Schrader

Stellv. Vorsitzende

CDU

Herr Hüsemann

Herr Jung

Frau Niederfranke

Frau Schellong

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

an 17.40 Uhr

Frau Mann

bis 17.45 Uhr

Frau Dr. Ober

Vorsitzende

Herr Presch

BfB

Herr Rüscher

Die Linke

Frau Bußmann

FDP

Herr Buschmann

Piratenpartei

Herr Gugat

ab 17.15 Uhr

Stellvertretende Mitglieder

Herr Wasyliw

Herr Kaufmann

Herr Wandersleb

Herr Vagt

Herr Sielmann

bis 17.45 Uhr

Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Clausen
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Schulz

Herr Wörmann

Herr Metzger
Frau Dietz
Frau Beckmann-Schönwälder
Herr Puls

Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Bauamt
Amt für Verkehr
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5

Gäste:

Herr Krain
Herr Radloff
Herr Siegeroth
Herr Onckels

moBiel
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
REGE mbH
AGW

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1**Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie deren Stellvertretungen**

Die anwesenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Herr Harald Buschmann
 Herr Martin Kaufmann
 Frau Ulrike Mann
 Herr Christian Presch
 Frau Katharina Schellong
 Herr Volker Sielmann
 Herr Steve Wasyliw

werden von der Vorsitzenden Frau Dr. Ober in die Arbeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses eingeführt und nach folgender Formel mit Handschlag verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 2**Bestellung der Schriftführerin**

Die Verwaltung schlägt vor, Frau Krumme, zur Schriftführerin des Sozial- und Gesundheitsausschusses zu bestellen.

Beschluss:

Frau Anja Krumme wird zur Schriftführerin des Sozial- und Gesundheitsausschusses bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Jahresbericht 2013 der Schuldnerberatungsstellen in Bielefeld

Frau Schulz stellt den Bericht der Schuldnerberatungsstellen 2013 vor und erläutert die Ergebnisse. Druckexemplare seien zur Mitnahme ausgelegt und unter der heutigen SGA-Sitzung im Ratsinformationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Neues Landespflegerecht NRW

Frau Schulz verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung und erläutert die Kernpunkte der Reform.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Stadt Bielefeld als Referenzkommune im Bundesprojekt "Integrierte Altenhilfeplanung"

Herr Wörmann informiert über das Bundesprojekt „Integrierte Altenhilfeplanung“ und verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 5. Woche der seelischen Gesundheit vom 20.10. - 29.10.2014

Herr Wörmann berichtet über die von Frau Schrader am 20.10.2014 eröffnete Woche der seelischen Gesundheit. Weitere Informationen könnten dem ausgelegten Programm entnommen werden.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Sitzungstermine

Frau Schulz informiert über den nächsten SGA-Sitzungstermin am Donnerstag, den 04.12.2014 um 17.00 Uhr. Die Sitzungstermine 2015 würden den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben, sobald sie vorliegen. Des Weiteren verweist sie auf ein als Tischvorlage verteiltes Schreiben des Büros des Rates (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

**Zu Punkt 4.1 Erhöhung der Sozialticketpreise ab 01.08.2014
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.10.2014)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0454/2014-2020

Frau Dr. Ober schlägt vor, die Beantwortung der Anfrage innerhalb der Beratung von TOP 5 vorzunehmen.

Die Anwesenden sind einverstanden.

Zu Punkt 5 Erhöhung der Sozialticketpreise

**Zu Punkt 5.1 Genehmigung des Dringlichkeitsbeschlusses Nr. 172 vom
23.06.2014: Erhöhung der Sozialticketpreise ab 01.08.2014**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0378/2014-2020

0014/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss genehmigt die nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffenen Dringlichkeitsentscheidung zur Anhebung der Sozialticket-Preise ab 01.08.2014.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2 Erhöhung der Sozialticketpreise ab 01.11.2014

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 0426/2014-2020

0502/2014-2020 (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 21.10.2014)

Frau Dr. Ober verweist auf den vorliegenden gemeinsamen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, der als Tischvorlage verteilt worden ist. Sie bittet zunächst die Verwaltung zur Vorlage 0426/2014-2020 zu berichten.

Frau Dietz erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage und führt aus, dass sich zwischenzeitlich ergeben habe, dass die zusätzlich angekündigten 100.000 €, aufgrund der Anfang Juli dieses Jahres verhängten Haushaltssperre des Landes, voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Hiervon sei das Amt für Verkehr im September unterrichtet worden. Ein Anspruch auf die Zuweisung der Mittel bestehe nicht, da kein rechtswirksamer Bewilligungsbescheid ausgestellt worden sei. Außerdem sei mit dem Verkauf von über 8.200 Tickets im September die Nachfrage trotz der vorangegangenen Preiserhöhung im August auf einem unerwartet hohen Niveau geblieben. Diese beiden Aspekte zusammen bewirkten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel bis zum Jahresende nicht ausreichen würden und somit eine Erhöhung der Ticketpreise um jeweils 6 € erforderlich werde. Der Verwaltung sei bewusst, dass die schwankenden Preise des Sozialtickets mit Blick auf den hiervon betroffenen Kundenkreis außerordentlich kritisch zu beurteilen seien.

Herr Krain bekräftigt, dass auch moBiel an einem kontinuierlichen Angebot des Sozialtickets interessiert sei. MoBiel habe sich ebenfalls bemüht, eine Aufhebung der Haushaltssperre beim Land zu erreichen. In der morgigen moBiel-Aufsichtsratssitzung werde darüber entschieden, ob moBiel bereit sei, das finanzielle Risiko bei einer Beibehaltung der Ticketpreise zu tragen.

Frau Gorsler begründet den Änderungsantrag dahingehend, dass es ein Anliegen der Fraktionen sei, gemeinsam die Fortführung des Sozialtickets zu gewährleisten. Zwei Erhöhungen in so kurzer Zeit könne dem Nutzerkreis nicht verdeutlicht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Weber führt Herr Oberbürgermeister Clausen aus, dass die Verwaltung mit einer Beschlussfassung zu Punkt 1 und 2 des Änderungsantrages, eine Beibehaltung der Sozialticketpreise für möglich halte. Herr Weber warnt hingegen vor einer Beibehaltung der Ticketpreise und bewertet diese Bestrebungen nur als ein Verschieben von Deckungslücken.

Frau Bußmann gibt zu Punkt 3 des Änderungsantrages zu bedenken, dass moBiel und das Bündnis für Sozialticket unterschiedliche Rechenwege und somit auch unterschiedliche Ergebnisse bei der Ermittlung der Mehreinnahmen erzielen.

Herr Buschmann hält Kontinuität für erstrebenswert, aber nicht um jeden Preis.

Herr Krain teilt mit, dass die im November entstehende Deckungslücke durchaus von moBiel gedeckt werden könnte. Bei einer kontinuierlichen Nutzung von 8.000 Kunden, würde im Dezember allerdings eine Deckungslücke von 60 – 70.000 € entstehen, die ggf. im Haushalt 2015 von moBiel ausgeglichen werden müsste.

Vorsitzende Frau Dr. Ober macht darauf aufmerksam, dass im Punkt 3 des Änderungsantrages keine zeitliche Beschränkung aufgeführt sei.

Herr Oberbürgermeister Clausen sagt zeitnahe Gespräche zu.

Auf Nachfrage von Herrn Presch bzgl. der Beantwortung der Anfrage verweist Herr Oberbürgermeister Clausen auf Punkt 3 des Änderungsantrages, in dem die Verwaltung beauftragt werde, im Rahmen von Gesprächen eine Klärung über die erzielten Mehreinnahmen herbeizuführen und dem Ausschuss zu berichten. Diese Berichterstattung würde die Beantwortung der Anfrage dann beinhalten.

Unter Berücksichtigung der Veränderung zu Punkt 3 des Änderungsantrages erfolgt die Beschlussfassung zur Drucks.-Nr. 0502/2014-2020. Eine Beschlussfassung zur Drucks.-Nr. 0426/2014-2020 erfolgt nicht.

Beschluss:

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Finanz- und Personalausschuss beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

1. **Unter der Voraussetzung, dass der Aufsichtsrat von moBiel in seiner morgigen Sitzung eine ergebnisneutrale Deckung der Deckungslücke bis Ende 2014 darstellen kann, bleiben die Sozialticketpreise unverändert.**
2. **Das Projekt „Sozialticket“ wird in Bielefeld auch im Jahr 2015 fortgesetzt, wenn der Landtag NRW im Haushalt 2015 Mittel in der bisherigen Höhe bereitstellt. Ein ergänzender Einsatz städtischer Mittel bleibt ausgeschlossen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt in Gesprächen mit moBiel und dem „Bündnis für ein Sozialticket“ zeitnah eine Klärung über die Mehreinnahmen durch das Sozialticket bei moBiel herbeizuführen und dem Ausschuss zu berichten.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6 Anträge

Zu Punkt 6.1 Auflösung der Verwaltungsdoppelstrukturen im Dezernat V (Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2014)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0440/2014-2020

Herr Weber führt aus, dass nach Auffassung der CDU-Fraktion Aufgaben des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention parallel auch im Sozialamt und im Jugendamt erledigt würden. Über die im Antrag aufgeführte Begründung hinaus führt er ergänzend aus, dass die Struktur eines Fachamtes auf die Mitarbeiter eine motivierende Wirkung habe. Darüber hinaus könnten sie auch nur dort effektiv arbeiten. Doppelstrukturen seien dagegen hinderlich. Nach seiner Ansicht hätten die Verhandlungen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen effektiver geführt werden können. Er halte es für sehr bedauerlich, wenn mit Trägern über Kürzungen diskutiert werde und die Verwaltung sich derartige Doppelstrukturen leiste. Er vermute, dass es in anderen Bereichen der Verwaltung auch Doppelstrukturen gebe.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die Stadt Bielefeld derzeit vom Gemeindeprüfungsamt überprüft würde. Sollte von dort Handlungsbedarf festgestellt werden, würde die Verwaltung entsprechende Hinweise erhalten. Darüber hinaus habe er, aufgrund eines Haushaltsbegleitbeschlusses des Rates zum Haushalt 2013 vom 07.03.2013, den Auftrag, Doppelstrukturen abzubauen und diesen Auftrag berücksichtige er bei seinen Organisationsentscheidungen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Beurteilung, wie Aufgaben effektiv erledigt werden können, ausschließlich seiner Organisationshoheit obliege. Er sehe im Dezernat 5, insbesondere im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention keine Doppelstruktur. Die dort angesiedelten Aufgaben würden in keinem anderen Amt des Dezernates 5 erledigt. Die Entscheidung, die unterschiedlichen Planungsaspekte aus allen Bereichen des Dezernates 5 zusammenzufassen und eine Integrierte Sozialplanung zu schaffen, sei sehr erfolgreich. Damit sei eine Qualitätsverbesserung in der Daseinsvorsorge erzielt worden. Herr Wörmann könne den Mitgliedern auch darlegen, welche zusätzlichen Finanzmittel durch die Konzeptentwicklungen akquiriert werden könnten. Diese sehr guten Ergebnisse würden in Bielefeld bereits zu Nachfragen aus anderen Gemeinden führen.

Herr Buschmann stellt klar, dass die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters nicht beschnitten und auch die Arbeit des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention nicht herabgesetzt werden solle. Es sei für ihn allerdings unklar, warum strategische Entscheidungen nicht auch vom Stab oder den jeweiligen Amtsleitungen erledigt werden könnten. Er schlage vor, den Antrag der CDU-Fraktion als Empfehlung an den Oberbürgermeister zu beschließen.

Frau Gorsler unterstützt die Bestrebungen, Einsparungen durch die Abschaffung von Doppelstrukturen zu erzielen; hält den Zeitpunkt allerdings für falsch. Der Oberbürgermeister werde im Rahmen der Haushaltsberatung Konsolidierungsvorschläge unterbreiten und darüber müsse dann diskutiert werden. Diesen Vorschlägen sollte nicht vorgegriffen werden. Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Herr Hood bekräftigt die Kritik an der Einrichtung des Büros, drückt aber auch seine Anerkennung für die dort geleistete Arbeit aus. Unabhängig davon werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag mit einer empfehlenden Beschlussfassung unterstützen, um eine Überprüfung der Struktur zu erreichen.

Herr Presch weist Herrn Weber auf eine Diskrepanz zwischen dem Antrag und der Presseerklärung hin, wonach Teile der Arbeit des Büros

auf Freie Träger übertragen werden könnten. Mit einer derartigen Rückorganisation werde ihm kein Einsparpotential deutlich. Herr Weber führt aus, dass über zusätzliche Schnittstellen intensiver diskutiert werden müsse. Planungen seien früher im Stab erledigt und nun sei dafür ein Büro mit Amtscharakter geschaffen worden. Schnittstellen sollten vermieden und nicht neu geschaffen werden, so dass die Träger nur einen Ansprechpartner hätten. Diese Empfehlung möchte er als Signal an die Mitarbeiter verstanden wissen.

Herr Oberbürgermeister Clausen führt dazu aus, dass es vor der integrierten Sozialplanung zwischen den Ämtern viele Schnittstellen gegeben habe, diese seien nun auf einige wenige Schnittstellen reduziert worden. Für ihn erwecke die Antragsbegründung den Anschein, als wenn Politik entscheiden wolle, wer in der Verwaltung welche Aufgaben erledige. Diese Entscheidung falle allerdings in seine Organisationshoheit. Herr Rüscher bewertet diesen Antrag als Chance, der Verwaltung Impulse für die Einsparvorschläge geben zu können. Er werde den Antrag für die BfB-Fraktion unterstützen.

Auf Nachfrage von Frau Schrader führt Herr Wörmann aus, dass die freiwilligen Leistungen der Stadt Bielefeld nahezu eingestellt werden mussten. Es sei allerdings gelungen, von Bund und Land sowie Stiftungen zusätzliche Gelder zu akquirieren. Diese Drittmittel wurden u. a. für die Projekte „kein Kind zurücklassen“, „soziale Stadt Sieker“, „demenzfreundliche Kommune“ gezahlt. Davon wurden 5-stellige Beträge z. B. an die GfS, die AWO, das DRK und dem SKM gezahlt, so dass das Geld auch an die Träger weitergegeben werde.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet die Anwesenden nun um die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, mit der textlichen Veränderung, dass der Ausschuss dem Oberbürgermeister das beantragte Vorgehen empfiehlt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Oberbürgermeister, die Auflösung der Verwaltungsdoppelstrukturen im Dezernat V (Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention) aktiv umzusetzen. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss dem Oberbürgermeister zu überprüfen, wo und ob weitere entsprechende Einsparmöglichkeiten durch den Abbau von Doppelstrukturen im Dezernat V kurzfristig zu realisieren sind und das Ergebnis dem Ausschuss darzulegen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Gesetz zur Neuregelung des Wohnungsaufsichtsrechts und einer wohnraumrechtlichen Vorschrift

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0398/2014-2020

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK)

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass seit dem 01.01.1998 die Einrichtung und Durchführung von kommunalen Gesundheitskonferenzen im Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-G) für Nordrhein-Westfalen aufgenommen worden sei. Der SGA sei in der KGK bisher durch Frau Schrader vertreten worden. Ihr Nachfolger sei nun Herr Weber.

Zu Punkt 8.1 Themen der letzten Sitzung

Beigeordnete Frau Ritschel führt aus, dass sich die KGK in ihrer letzten Sitzung im Mai insbesondere mit den Themen Organspende und Bewegungsförderung beschäftigt habe.

Zu Punkt 8.2 Alltagsnahe Bewegungsförderung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0392/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über den wesentlichen Inhalt der Vorlage. Sie weist darauf hin, dass das Positionspapier zur alltagsnahen Bewegungsförderung im Kontext des Projektes „Stadt radeln“ entwickelt worden sei. Daran werde deutlich, dass dieses Projekt nicht nur unter dem Aspekt des Klimaschutzes, sondern auch unter gesundheitlichen Aspekten betrachtet werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9 Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge "Teichsiede 12 a - 16 a"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0219/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die bereits erfolgte Beschlussfassung über die Vorlage in der letzten Ratssitzung.

Frau Schulz weist darauf hin, dass die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge stetig zunehme und die Nutzung des Übergangsheims „Teichsheide 12a – 16a“ noch weiterhin notwendig sei.

Die Sanierung des Objektes „Eisenbahnstraße“ ist so weit fortgeschritten, dass es in Kürze bezugsfertig sei. Frau Schulz bietet den Ausschussmitgliedern an, die Flüchtlingsunterkunft vor Bezug zu besichtigen. Die Mitglieder nehmen das Angebot an. Die Verwaltung wird einen Termin unterbreiten.

-.-.-

Zu Punkt 9.1 Anträge der Fraktion Die Linke, der Piratenpartei und Bürgernähe sowie der FDP-Gruppe aus der Ratssitzung vom 18.09.2014

Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.09.2014:

„Aufgrund der hohen Zuweisungszahlen ausländischer Flüchtlinge wird das Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge „Teichsheide 12 a – 16 a“ über den Zeitraum 31.12.2014 weiter betrieben. Zum Weiterbetrieb nötige Renovierungen werden zeitnah durchgeführt“

Der 2. Satz der ursprünglichen Beschlussvorlage 0219/2014-2020 „Zum Stichtag 31.05.2015 wird eine erneute Bedarfsprüfung vorgenommen.“ wird gestrichen.“

Frau Schulz teilt mit, dass derzeit noch nicht feststehe, welche Arbeiten im Rahmen einer Gesamtrenovierung des Gebäudes notwendig seien. Es würden aber bereits Gespräche mit der BGW diesbezüglich geführt. Die Gesamtkosten für das Objekt „Teichsheide“ betragen derzeit 278.000 €. Dem gegenüber stehe eine Refinanzierung durch Gebühren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 124.000 €. Eine Renovierung der Innenräume erfolge immer nach Bedarf bzw. nach Auszug der Bewohner. Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Dr. Ober führt Frau Schulz aus, dass eine Nutzung über den 31.05.2015 sehr wahrscheinlich sei, wenn die Flüchtlingszahlen weiter ansteigen.

Gemeinsamer Antrag von Herrn Gugat (Piratenpartei) und Herrn Heißenberg (Bürgernähe):

„Die Gebäude sollen im Innenbereich mindestens durch einen neuen Farbanstrich so saniert werden, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner das notwendige Maß an freundlicher Raumatmosphäre sichergestellt wird.“

Herr Gugat weist darauf hin, dass die derzeitige Situation im Übergangsheim sehr unbefriedigend sei. Es sei allerdings gelungen, eine zeitnahe Renovierung zivilgesellschaftlich zu organisieren. Die BGW habe sich daraufhin bereiterklärt, die Kosten für Farbe und anderes notwendiges Equipment zu zahlen. Er zieht den Antrag damit zurück.

Antrag der FDP-Gruppe:

„Die von der Verwaltung vorgeschlagene Nutzung des Übergangsheims für ausländische Flüchtlinge Teichsheide 12a bis 16a über den 31.12.2014 hinaus verursacht Instandhaltungskosten. Die Verwaltung wird aufgefordert, diese Kosten in der nächsten Ratssitzung darzustellen. Auch die Kosten einer dezentralen Unterbringung in Zusammenarbeit mit der BGW sind darzustellen.“

Herr Buschmann teilt mit, dass ihm die Ausführungen der Verwaltungen ausreichen und er den Eindruck habe, dass eine weitere Dezentralisierung nicht möglich sei. Unabhängig davon bittet er die Verwaltung, die Politik über die Kosten und die Gebühreneinnahmen zu informieren.

Er zieht den Antrag zurück.

Frau Bußmann bekräftigt die Position ihrer Fraktion, dass das Übergangsheim dauerhaft erhalten bleiben solle. Zeltstädte wären für sie nicht erstrebenswert.

Herr Weber fordert die Verwaltung auf, zeitnah über die Entwicklungen zu berichten, vor dem 31.05.2015 eine Bedarfsprüfung durchzuführen und die Ergebnisse dem Ausschuss vorzustellen. Für ihn sei der Betrieb des Objektes „Teichsheide“ eine bessere Alternative. Zeltunterbringungen sollten vermieden werden. Frau Schulz teilt mit, dass die Verwaltung diese Auffassung teile.

Herr Hood weist ebenfalls darauf hin, dass eine weitere Nutzung des Übergangsheims „Teichsheide“ eine umfängliche Renovierung erfordere.

Unter Berücksichtigung der zwei zurückgenommenen Anträge bittet Vorsitzende Frau Dr. Ober um die Beschlussfassung über den verbleibenden Antrag der Fraktion Die Linke.

Abstimmungsergebnis:

Ja : 1
Nein: 11
Enthaltungen: 4

Der Antrag ist bei vier Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 10

Zielplanungsprozess 2014 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix-Berichterstattung zum 2. Terial

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0404/2014-2020

Herr Wörmann erläutert die Controlling-Ebenen im Sozialdezernat und den darauf aufbauenden Zielplanungsprozess (**Anlage 2**).

Er erläutert beispielhaft anhand von Maßnahmen den Aufbau der Zielmatrix. Fragen von Herrn Hood zum Netzwerk Demenz werden von Herrn Wörmann beantwortet. In diesem Zusammenhang führt Herr Onckels aus, dass derzeit über das Büro für Integrierte Sozialplanung Prävention, vertreten durch Frau Bueren, die Schwerpunkte der einzelnen Träger im Demenzbereich zusammengeführt würden und so eine Transparenz des Netzwerkes erreicht werden soll.

Frau Schulz, Herr Siegeroth und Herr Radloff geben Einblicke in die Zielmatrizen ihrer Organisationseinheiten. Fragen von Frau Brandtner, Herrn Presch, Herrn Jung und Herrn Hood werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11 Ernennung der Mitglieder des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0061/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober weist darauf hin, dass Frau Brandtner wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen darf.

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates werden folgende Personen als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

- **Herrn Uwe Reeske, Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Bielefeld (AGW)**
- **Frau Beate Graul, Gemeindepsychiatrischer Verbund**
- **Frau Daniela Brandtner, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bethel des Ev. Krankenhauses Bielefeld gGmbH**
- **Herr Michael Conty, Stiftungsbereich Bethel.regional (für den Bereich Wohnungslosenhilfe und stationäre Eingliederungshilfeeinrichtungen)**
- **Herr Dr. Michael Klemm, Verband der Niedergelassenen Nervenärztinnen und Nervenärzte**
- **Frau Ingrid Buiker, Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (delegiert von der APP Kassenärztlichen Vereinigung)**
- **Frau Claudia Faist-Schweika, Beratungsstellen (delegiert von der Fachgruppe Beratung und Therapie der PSAG)**
- **Frau Cornelia Borgmann, Drogenberatung Bielefeld e. V.**
- **Herr Heinz Keuter, Allgemeine Ortskrankenkasse Westfalen-Lippe, Regionaldirektion Gütersloh, Bielefeld (AOK)**
- **Herr Jürgen Uppenbrock, Verband der Ersatzkassen (vdek)**
- **Herr Rüdiger Klein, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG)**
- **Herr Daniel Müller, Arbeitsgemeinschaft Suchtkrankenhilfe Bielefeld (AGS)**
- **Herr Hans-Jürgen Bartels, Verein für freiwillige Suchtselbsthilfe in Bielefeld e. V.**
- **Frau Ilka Struck, Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld e. V. (VPE)**
- **Herr Christian Zechert, Vertreter von Angehörigen psychisch Kranker in Bielefeld (AG Angehörige)**
- **Frau Anke Lesner, Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie und Frauen/Mädchen und Sucht**
- **Frau Dr. Ulrike Schulz, Gesundheits-, Veterinär- und**

**Lebensmittelüberwachungsamt, Erwachsenenpsychiatrie
und Kinder- und Jugendpsychiatrie**

- **Frau Birgit Epkenhans, Amt für Jugend und Familie
-Jugendamt-**
- **Frau Susanne Schulz, Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-**
- **Herr Wolfgang Voelzke, Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention, Psychiatriekoordination**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12 **Ergebnis der Wahl zum Beirat für Behindertenfragen für die
Wahlperiode 2014 - 2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0280/2014-2020

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13 **Ergebnis der Wahl zum Seniorenrat für die Wahlperiode 2014 -
2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0395/2014-2020

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
Vorsitzende

Krumme
Schriftführerin